

## Wahlkampf, und keiner geht hin

**Nur 28 Zuhörer haben sich am Montagabend im Dettinger-Saal der Schlossmühle verloren. Entweder hat die VHS ihre Veranstaltung zu wenig beworben oder die Bundestagswahl langweilt die Massen. PETER KIEDAISCH**



Foto: Thomas Kiehl

Wenige Tage vor der Bundestagswahl wirken die Kandidaten noch immer frisch. Zumindest am Montagabend während der VHS-Podiumsdiskussion, zu der Beate Müller-Gemmeke (B'90/Die Grünen), Pascal Kober (FDP), Michael Donth (CDU), Rebecca Hummel (SPD) und Günter Herbig (Die Linke) eingeladen waren. Aber der Wahlkampf schlaucht, das zumindest bestätigen einige Kandidaten, freilich nur hinter vorgehaltener Hand: „Es wird Zeit, dass es vorbei ist.“

Am Montagabend stellten sie sich aber doch noch den Fragen des Journalisten Andreas Warusch, der die vielen unbesetzt gebliebenen Stühle betrachtend feststellte: „Stell dir vor, es ist Wahlkampf, und keiner geht hin.“ Fast keiner. 28 Zuhörer kamen aber doch und erlebten zweieinviertel Stunden hochkonzentrierte Kandidaten und deren in manchen Fragen durchaus unterschiedlichen Standpunkte. Warusch interessierte sich insbesondere für die Themen Energiewende, Syrien, Flüchtlingsfrage, Geheimdienst versus Bürgerrechte sowie Soziales, etwa Krankenversicherung, und freilich Steuern.

Energiewende: Alle Kandidaten haben sich für die Energiewende ausgesprochen. Lediglich ihr Weg dahin ist unterschiedlich. Donth sprach von einer großen Aufgabe für Gesellschaft und Politik, vermisste einen Konsens auf Länderebene und befand, dass „da schon großer Schwung drin ist“, der Anteil des Ökostroms betrage bereits 25 Prozent. Manches sei schneller verwirklicht worden als gedacht, insbesondere bei der Nahversorgung. Rebecca Hummel forderte gerade im Bereich des Netzausbaus mehr große Leitungen von Nord nach Süd, doch auch die Verteilernetze müssten

nachgebessert werden. Kober möchte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) neu gestalten: „Weg von starren Fördersätzen.“ Er plädiert für ein Mengenmodell, das etwa regelt, wie viel erneuerbare Energie auf europäischer Ebene nötig ist. Beate Müller-Gemmeke hält es für falsch, dass viele Unternehmen von den Auflagen des EEG befreit werden: Der Preisvorteil durch den zusätzlich produzierten Ökostrom werde dadurch nicht an die Verbraucher weitergegeben: „Wir brauchen keine Strompreisbremse, sondern eine Abzockbremse.“ Herbig kritisierte in dem Zusammenhang Panikmache: „Unglaublich, welche Drohungen da auftauchten und wieder verschwunden sind.“ Die Unternehmer seien alle noch im Land, und Licht brennt auch noch. Allerdings müsse Strom bezahlbar bleiben, deswegen ist er für eine Stromaufsicht und einen Sockeltarif, aber gegen Stromsperren: „Das darf nicht sein. Jeder Mensch hat ein Recht auf Strom.“ Zudem fordert er eine Abwrackprämie für alte Haushaltsgeräte.

In der Frage der Krankenversicherung kristallisieren sich zwei Lager heraus. SPD, Grüne und Linke sind für eine Bürgerversicherung, CDU und FDP dagegen. Herbig möchte die Bürgerversicherung ohne Einkommensgrenze nach oben. „Dann können wir die Beiträge runterfahren auf zehn Prozent.“ Donth verteidigt das System zweier konkurrierender Versicherungsarten, also gesetzliche und private Kassen. Allein auf Grund des demografischen Wandels sei das Umlagesystem der Gesetzlichen alleine nicht zu halten. Rebecca Hummel hält die Bürgerversicherung für eine gute Lösung. Sie macht den Dualismus der Kassen für die Landflucht der Ärzte verantwortlich. Die gehen dahin, wo das Geld ist. Kober hält die Bürgerversicherung schlicht für Unsinn. Man würde es ohnehin nie verhindern können, einen Arzt privat zu bezahlen. Beate Müller-Gemmeke beklagt die bereits jetzt vorherrschende Zweiklassen-Medizin: „Gesundheitsvorsorge muss solidarisch sein.“

Gleichzeitig verteidigt sie die Steuererhöhungspläne ihrer Partei: „Das betrifft ganze 360 000 Leute in Deutschland.“ Nur für Spitzenverdiener soll der Steuersatz erhöht werden. 90 Prozent der Steuerzahler würden indessen entlastet. Mit den Mehreinnahmen sollen Energiewende oder Kinderbetreuung finanziert werden. Schon jetzt sei ein Investitionsstau im Bund von 100 Millionen Euro zu beklagen. Die Investitionsrate sei auf 1,4 Prozent gefallen. Herbig sieht es ähnlich. Der Staat muss die Daseinsvorsorge leisten können. Dazu braucht er Steuereinnahmen. Er fand das von Schröders Rot-Grün-Regierung abgeschaffte Steuersystem von Helmut Kohl „gar nicht schlecht“: 53 Prozent Spitzensteuersatz, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer. „Das sind die Punkte.“ Donth widerspricht: „Steuererhöhung? Brauchen wir nicht. Punkt.“ Er verweist auf „Steuereinnahmen wie noch nie.“ Rebecca Hummel indessen würde den Steuersatz hochsetzen. Für Ledige ab einem Jahreseinkommen von 100 000 und für Paare ab 200 000 Euro. Kober argumentiert wie Donth: Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes kam im Jahre 2006 erst die Wirtschaft in Schwung. „Nächstes Jahr haben wir erstmals seit Jahrzehnten einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.“

Manches blieb Unerörtert, dafür hatten die Zuhörer Gelegenheit, ihrerseits den Kandidaten Fragen zu stellen. Abschließend forderte Moderator Warausch die Kandidaten dazu auf, jemanden aus ihrem Kreise, aber nicht sich selbst, zu wählen. Rebecca Hummel gewann. Sie erhielt Herbigs Stimme („notgedrungen und in der Hoffnung, die SPD bewegt sich dahin, wo sie mal herkam“) und die von Beate Müller-Gemmeke. Diese wurde von Rebecca Hummel gewählt, Donth und Kober gaben sich wechselseitig das Kreuzchen, lediglich Herbig ging ganz und gar leer aus. Inwiefern der Ausgang dieser Abstimmung Rückschlüsse auf den Sonntag zulässt, muss abgewartet werden.